

# Energiepolitik von unten

Autor(en): **Horbaty, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1990)**

Heft 4: **Der Einstieg in de Ausstieg beginnt**

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586769>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

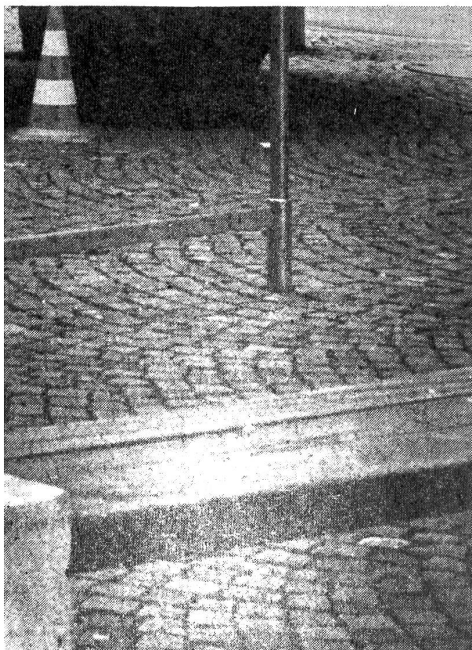
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Das vorliegende Buch zeigt mit aller Deutlichkeit, dass alternative Energietechnologien weitgehend entwickelt sind, jederzeit angewendet werden können und auch funktionieren. (...) Es müssen Freiräume geschaffen werden, um Alternativen tatsächlich zu erproben.» Diese Worte wurden vor mehr als zehn Jahren geschrieben. Sie standen im Panda-Report «Alternative Energie-Anlagen der Schweiz» von 1979, gemeinsam herausgegeben von WWF, SSES und SES.

**Erneuerbare Energien, Spartechnologien haben das Probestadium längst schon verlassen. Die Umsetzung lässt allerdings noch zu wünschen übrig. Was sich auf Bundesebene tut (oder bisher nicht tat), wissen wir. Aber was tut sich auf der ganz konkreten Ebene, der Gemeinde?**

Um das zu analysieren und um Handlungsvorschläge zu unterbreiten, haben Ende 1988 WWF und SES ein neues, gemeinsames Projekt, «Energiestadt», lanciert.

Robert Horbaty, Beauftragter für dieses Projekt am Ökozentrum Langenbruck, Mitglied des SES-Ausschusses, Vorstandsmitglied ADEV und Gemeinderat von Langenbruck, fasst die ersten Ergebnisse zusammen.



# ENERGIE POLITIK VON UNTEN

Die breite Unterstützung des Energieartikels und die Annahme der Moratoriums-Initiative werden in der schweizerischen Energiepolitik einiges bewegen. Besteht doch heute ein breiter Konsens in der Bevölkerung, Energie sparsam und rationell einzusetzen oder möglichst umweltfreundlich zu erzeugen. Sollen aber Schlagworte wie «Energie 2000» nicht als reine Lippenbekenntnisse verpuffen, muss dem Vollzug der vorgeschlagenen Konzepte und Massnahmen die entsprechende Bedeutung beigemessen werden. Im Rahmen der Formulierung einer Energiepolitik der 90er Jahre setzen der WWF und die Schweizerische Energie-Stiftung SES mit dem Projekt «Energiestadt» energiepolitisch neue Akzente. Als Auftragnehmer erarbeiten INFRAS Zürich und das OEKOZENTRUM LANGENBRUCK, unterstützt durch das Bundesamt für Energiewirtschaft BEW und in enger Zusammenarbeit mit Gemeinden, eine umsetzungsorientierte kommunale Energiepolitik. Die aus diesem Projekt erwachsenen Erkenntnisse werden es erlauben, Vorstellungen einer kommunalen Energiepolitik klar zu umreissen.

## Wer ist die «Energiestadt»?

Es gibt in der Schweiz Gemeinden, welche bereits energiepolitisch aktiv sind, welche zielstrebig die Verminderung ihres Energiebedarfs und die umweltfreundliche Erzeugung von Energie an die Hand genommen haben. Was aber häufig fehlt ist ein «Dach» über den verschiedenen Einzelmassnahmen, die systematische Erfassung, Auswertung und Interpretation sämtlicher Aktivitäten, insbesondere deren publizistische Verwertung. Es fehlt ein anschauliches Beispiel einer Gemeinde, welche sich konsequent Rechenschaft gibt über ihre energiepolitischen Massnahmen, die Gründe der diesbezüglichen Erfolge oder Misserfolge analysiert und dadurch Handlungsmöglichkeiten für andere Gemeinden erarbeitet. Es fehlt

aber auch die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch verschiedener Gemeindebehörden untereinander.

Die Projektgruppe «Energiestadt» arbeitet also mit Pioniergemeinden zusammen, welche ihren Energieverbrauch senken und einen möglichst hohen Anteil an

erneuerbaren Energiequellen einsetzen wollen. Gemeinden, welche zeigen möchten, dass ein Umdenken der Konsumenten möglich ist und dass dabei gleichzeitig die Wirtschaft und das Gewerbe profitieren können.

Das Projekt «Energistadt» möchte ein deutliches und positives Bild einer solchen Gemeinde entwerfen und schrittweise realisieren helfen. Die Konzeption, die Umsetzung und die damit verbundene Organisation sollen beispielhaft auf andere Gemeinden – grössere und kleinere – übertragbar sein. Die «Energistadt» soll damit einen Schulungs- und Vorzeigeeffekt bei privaten und öffentlichen Stellen auslösen. Denkbar ist auch, dass einzelne Teilprojekte in verschiedenen Kommunen durchgeführt werden – die in ihrer Gesamtheit vergleichende Übersicht der diversen Erfahrungen und Resultate ergibt die (fiktive) «Energistadt»! Beurteilungsebenen sind insbesondere wirtschaftliche Tragbarkeit, Umweltentlastung und die Signalwirkungen für weitere Gemeinden, Hersteller oder Konsumenten.

Die beteiligten Umweltorganisationen WWF und SES wollen mit dem Projekt «Energistadt» in der heutigen energiepolitischen Diskussion, wie gesagt, einen positiven Akzent setzen. Nicht die Verhinderung von ökologisch fragwürdigen Grossprojekten, sondern die Initiierung und Realisierung einer umweltfreundlichen kommunalen Energiepolitik stehen im Zentrum dieses Vorhabens.

## In der Gemeinde muss beginnen...

Wie Untersuchungen immer wieder betonen, zeigte sich bisher bei der Umsetzung von Empfehlungen, Vorschlägen und Kampagnen, dass die Realisierbarkeit der Massnahmen und Strategien, welche die Fachleute vorschlugen, oft erheblich überschätzt wurden. Es besteht also eine Realisierungslücke zwischen dem, was rein technisch gesehen nach dem Stand der Technik machbar ist, und dem, was effektiv getan wird. Was nützen beispielsweise Energiesparstudien, wenn der Schulhausabwart – aufgrund mangelnder Motivation – die Raumtemperatur mit dem Fenster reguliert! Oder wem dienen Nahwärmekonzepte, wenn die Einwohner – aus Angst um den Verlust ihrer Individualität – nicht bereit sind, sich an eine Gemeinschaftsheizung anzuschliessen. Es bestehen also Realisierungslücken zwischen dem, was nach dem Stand der Technik machbar ist, was politisch möglich wäre und dem, was effektiv getan wird. Offensichtlich treten bei der Umsetzung Reibungsverluste auf. Diese äussern sich auch im Widerstand der Energieversorgungswerke, der Verwaltung, aber auch der politischen Behörden gegen die planmässige und umfassende Bearbeitung der Thematik auf Gemeindeebene.

Solche Widerstände sind zunächst einleuchtend. Die kontinuierliche und möglichst pannenfreie Bereitstellung von genügend Energie war (und ist auch in Zukunft) die Hauptaufgabe der Energieversorgungswerke der Gemeinden. Kommt zu diesem Auftrag noch ein Sparauftrag dazu, so weckt dieser automatisch eine gewisse Abwehr. Beruht doch die Sicherung der Versorgung im wesentlichen auf einem eingespielten Umgang mit vertrauten Technologien.

Spareffekte und dezentrale Energieproduktion können – und sollen – aber meist durch den Einsatz neuer Technologien (nicht zuletzt im Bereich der Mess- und Steuertechnik) erzielt werden. Das Neue aber ist das Unbekannte, und wie der erfahrene Praktiker weiss, auch das Störanfällige. Die Bereitschaft, für neue Entwicklungen Lehrgeld zu bezahlen, wird bei den Gemeinden dementsprechend klein sein.

Darüber hinaus besteht noch ein weiterer Zielkonflikt: Aus dem Erlös des Verkaufs von Strom und Gas sollen ja nicht nur die Kosten der Werke gedeckt werden, sondern es wird auch noch ein ganz anständiger Beitrag an die Stadt- oder Gemeindekasse erwartet.

Die Vorteile von der grösseren Bürgernähe einer Gemeindeverwaltung gegenüber jeder anderen Form der Administration liegen auf der Hand. Deshalb besteht, allen Widerständen zum Trotz, eine grosse Notwendigkeit, auf Gemeindeebene die effektiv vorhandenen energetischen Sparpotentiale und Energieresourcen optimal auszuschöpfen. Das Projekt «Energistadt» will durch Information, durch Beratung, durch Vernetzung, aber auch durch Teilfinanzierung von Projekten helfen, diese Widerstände abzubauen.

Die über 3000 Schweizer Gemeinden sind stolz auf ihre Autonomie. Sie können – wenn sie wollen – eine eigenständige Energie- und Umweltpolitik in ihrem Einflussbereich verwirklichen. Warten auf die Bundeskompetenzen oder Hoffen auf kantonale Energiegesetze hat sich in den letzten 17 Jahren seit dem Erdölshock als wenig wirkungsvoll erwiesen. Die existierenden Gemeindekompetenzen im Baubewilligungsbereich, bei eigenen Bauten, Anlagen und Werken und die Informationstätigkeit bieten ein weites Feld der möglichen Einflussnahme. Warum ist trotzdem so wenig passiert?

## Energie – das Stiefkind der Gemeindeverwaltung

Die 6,5 Millionen Schweizerinnen und Schweizer leben in Gemeinden, die im Durchschnitt nur etwa 2000 Einwohner aufweisen. Die Milizbehörden und die kleinen Verwaltungen sind vordringlich mit dem Schulwesen, dem Bau- und Steuerwesen und dem Strassenunterhalt beschäftigt. Energiefachleute sind allenfalls



als private Ingenieure in den Gemeinden tätig oder in örtlichen Büros und lokalen Industriebetrieben anzutreffen. In den seltensten Fällen kann eine Gemeinde ihre Energie- und Umweltprobleme selber beurteilen und angehen. Durch die zeitliche und fachliche Überforderung kommt es allenfalls zu guten Vorsätzen, für deren Realisation aber Kenntnisse und Zeit fehlen.

Viel Papier ist bereits von hoffnungsvollen Kampagnen und Konzepten in den Gemeindestuben liegengeblieben. Interessengruppen (vorab die Vertreter der Energieträger Öl, Gas und Strom und die Hersteller einiger industrieller Produkte) haben ihre Anliegen in farbigen Broschüren formuliert. Neuerdings hat auch das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement mit allerlei Tips, Inseraten, Fernsehspots und Kartonscheiben versucht, in der Medienflut einen erkennbaren Informationsbeitrag zu leisten. Die kantonalen Energiefachstellen haben sich vielerorts bemüht, durch fachliche Unterstützung und Beratung, mit Musterverordnungen und so weiter, den Gemeinden zu helfen.

Die bisherigen Gespräche und Erhebungen im Projekt «Energistadt» haben eine grosse Lücke zwischen Theorie und Umsetzung gezeigt: Viel Papier macht noch keine handlungsfähigen Gemeinden. Die Projektgruppe «Energistadt» will für Gemeinden beispielhafte und konkrete energie- und umweltgerechte Modelle erarbeiten und umsetzen helfen. Anhand von einigen guten Beispielen sollen viele Gemeinden in der Schweiz motiviert werden, ihre Phantasie anzuregen und ihre Kompetenzen noch besser als bisher zu nutzen.

Dabei denken wir nicht in erster Linie an neue Vorschriften, sondern an beispielhafte Technologien in gemeindeeigenen Bauten und Anlagen, an Fachgruppen von Gemeindemitgliedern, die das Know-how des örtlichen Gewerbes erfassen und in konkrete Projekte umsetzen.

Es geht darum, die erprobten Erkenntnisse 15jähriger Forschung und Entwicklung umzusetzen in die Praxis. Die Angst vor Fehlentscheidungen und kontroversen Projekten hat aber bisher häufig auch initiative Gemeindebehörden davon abgehalten, selber aktiv zu werden. – Immer noch werden Häuser mit 20 Kilogramm Öl pro Quadratmeter Geschossfläche (statt fünf Kilogramm) beheizt, Autos mit 12 Liter Benzin pro hundert Kilometer (statt mit sechs Liter) gefahren und immer noch werden verschwenderische heisse Glühbirnen (statt elektronische Sparlampen) und schlecht isolierte Kühlschränke (statt moderne Geräte) eingesetzt. – Immer noch ist die Stickoxid- und Schwefeldioxidbelastung unserer Atemluft viel zu hoch und immer mehr wird uneingeschränkt Kohlendioxid in unsere empfindliche Atmosphäre ausgestossen.

Aktive Gemeinden könnten sich aber mit

ihrer Energiepolitik durchaus in einem mit den Vorstellungen der Bevölkerung konsensfähigen Bereich bewegen und somit die aktive Unterstützung kantonalen Behörden und die wohlwollende (passive) Unterstützung der Bundesbehörden erhalten.

Die Erfolge der Forschung lassen aufhören; die Musterkühlschränke, die Solarfahrzeuge, die neuen Wärmepumpen, die Wärmekraftanlagen und die lautlosen Fotovoltaikanlagen suchen Anwender: ein Tätigkeitsfeld für aktive Gemeinden! Viele dieser Energiesparmassnahmen sparen bares Geld. Das heisst, dass die Investitionen (selbst bei heutigen Öl-, Gas- und Strompreisen) verzinst und amortisiert werden können. Nichts tun kostet mehr Geld: unrentable Kessel, Pumpen, Kompressoren können wirtschaftlich verbessert werden. Der Steuerzahler, die Konsumenten und das private Gewerbe profitieren davon. Und unsere Umwelt.

## Ausgewählte Themen

Aus der Fülle der Handlungsmöglichkeiten sollen im folgenden drei mögliche Schritte für eine Umsetzung auf Gemeindeebene näher erläutert werden. (**Die 15 Themenvorschläge in Kürze.**)

**Energiebuchhaltung:** Die Erfassung von Energieflüssen gibt einen raschen Überblick über den gesamten Energieverbrauch einer Gemeinde und hilft, aktuelle Schwachstellen in Objekten und Anlagen zu entdecken. Die Energiebuchhaltung ermöglicht die Erfolgskontrolle einer umweltorientierten Energiepolitik und ist später zu einer umfassenden Ökobilanz ausbaubar.

**Revision der Gemeindebauordnung:** Auf Gemeindeebene werden die meisten energiepolitisch bedeutsamen Entschiede getroffen. Der Vollzug – oder Nichtvollzug – der eidgenössischen und kantonalen Massnahmen findet hier statt. Die Gemeinde kann Vorbild sein für Investoren und Verbraucher, aber auch für abwartende Kantone.

In der Zonen- und Gestaltungsplanung kann sich die Gemeinde für kommunale Wärmeverbundnetze einsetzen – als Eigentümerin oder als Koordinatorin. Vor allem sollte dabei die Technik der Wärmekraftkoppelung, die Nutzung der Abwärme im allgemeinen und der Einsatz von erneuerbaren Energiequellen, wie beispielsweise von Brennholz der Bürgergemeinde, zum Einsatz kommen. Sonnenenergieanlagen sind grosszügig zu bewilligen. Dies ist auch unter Wahrung des Orts- und Landschaftschutzes sehr wohl möglich! Es können auch Steuererleichterungen für den Bau alternativer Energieanlagen gewährt werden.

**Tarifrevision:** Eine Revision der Tarifordnung erlaubt der Gemeinde, die Stromerzeugungskosten verursachergerecht an die Verbraucher weiterzugeben. Der Verbraucher zahlt dann die Ko-



sten, die er selbst durch seinen Mehrkonsum verursacht. Dadurch wird der sparsame Umgang mit der Energie gefördert, und Sparinvestitionen werden attraktiver. Die wichtigsten Massnahmen einer solchen Tarifpolitik sind: Kostenorientierung der Tarife; die Tarife müssen die Kosten der Stromproduktion in neuen Kraftwerken widerspiegeln. Linearisierung der Tarife (Abschaffung von Rabatten für grössere Verbraucher). Integration des Grundpreises in den Arbeitspreis bei allen leitungsgebundenen Energien. Berücksichtigung der Knappheit des Angebots im Winter und der Produktionsreserven im Sommer. Erhöhung der Vergütung für dezentral produzierten Strom und gegebenenfalls Fernwärme.

Die gründliche Vorbereitung einer solchen Tarifrevision und die Berücksichtigung der konkreten Bedingungen, unter denen das örtliche Energieversorgungsunternehmen arbeitet, sind Voraussetzung für ihre Einführung. Manchmal ist es vorteilhaft, die Revision in mehreren Schritten vorzunehmen. Dem Konsumenten muss Zeit gegeben werden, um Investitionen in Spartechnologien zu tätigen. Sie sollten weder zu massiver Erhöhung der Energieausgaben bei den Verbrauchern noch zu einer Schmälerung des Gewinns des örtlichen Energieversorgungsunternehmens führen.

Ferner sind soziale Härten und eine übermässige Belastung des Gewerbes und der Industrie zu vermeiden. Da aber bei den Haushalten die Stromkosten beispielsweise nur etwa einen Zehntel der Kosten des Autos betragen und bei der Industrie die Energiekosten – mit wenigen Ausnahmen – unter einem Prozent der Produktionskosten liegen, dürfte eine Veränderung der Tarifstruktur nur in Ausnahmen zu Härtefällen führen.

Eine Tarifrevision muss von der Bevölkerung getragen werden, das heisst: Die Notwendigkeit und der Sinn einer solchen Reform sind der Bevölkerung zu vermitteln. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich hat seine Tarife in Richtung Spartarife umgestaltet. Bemerkenswert dabei ist, dass die Tarife – auch für Grossverbraucher – progressiv gestaltet wurden, so dass sich der Kilowattstunden-Preis ab Überschreitung einer bestimmten Verbrauchsmenge erhöht. Bemerkenswert ist ferner, dass die Verabschiedung im Zürcher Parlament ohne Gegenstimme erfolgte!

## Politik ist die Kunst des Machbaren!

Das hier vorgestellte Konzept des Projektes «Energistadt» beinhaltet all die beschriebenen Massnahmen, die sich für eine Energiepolitik auf Gemeindeebene eignen können. Allerdings ist bekannt, dass die schönsten Ideen und Konzepte nichts ausrichten, wenn sie keine Mehrheiten finden, wenn sie an finanziellen Hindernissen scheitern, weil zwar die Ge-

meindebehörden hinter einem neuen Konzept stehen, Private sich aber dagegenstellen aus dem einzigen Grund, weil die Idee von der falschen Seite kam.

Energiepolitik muss genauso wie jede andere Politik seriös vorbereitet und durchgeführt werden. Um Erfolg zu haben, muss sie mit dem nötigen Mass an Phantasie und Kreativität betrieben werden, um die nötige Akzeptanz dafür zu schaffen und die Betroffenen zu motivieren.

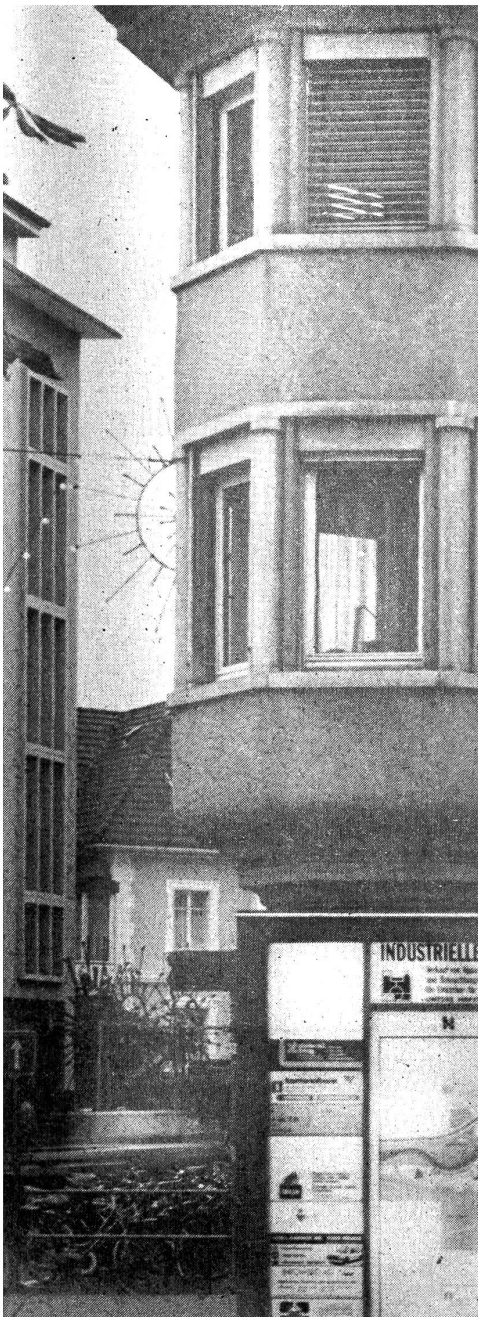
Energiepolitik ist für die meisten Gemeinden etwas Neues. Vor 20 Jahren war sie noch kaum ein Thema, was zum Beispiel aus der traditionellen Aufgabenverteilung in den Departementen hervorgeht. Beispielsweise sind Erziehung und Finanzen klar zugeordnet, während der Bereich Energie – wenn überhaupt – entweder beim Hochbau, beim Umweltschutz oder bei den Städtischen Werken angesiedelt ist.

Beim Durchblättern eines beliebigen Energiekonzepts, das für irgendeine Gemeinde verfasst wurde, kann man die Erfahrung machen, dass beim betreffenden Abschnitt «Massnahmen» oder «Konkrete Aktionen» meist an erster Stelle die «Koordination des Energiewesens in der Gemeinde» steht. Argumentiert wird dann in etwa folgendermassen: «... Damit die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden können, braucht es eine Instanz, welche die verschiedenen Anstrengungen koordiniert...» oder: «Der Erfolg der Energiepolitik in der Gemeinde hängt von einer zweckmässigen Organisation ab...». Ausserdem wird in jedem Konzept nochmals festgehalten, die politische Verantwortung müsse von der Exekutive übernommen werden. Dass dies ausdrücklich so erwähnt wird, verweist darauf, dass die Aufgabe der Energiepolitik für die Gemeinden noch neu ist.

Um eines der modernen Schlagworte zu gebrauchen, handelt es sich hier also um eine Führungsaufgabe: «Managers do things right, leaders do the right things!» (Manager machen ihre Sache recht, Führer machen die richtigen Sachen). Und das Richtige besteht zweifellos darin, das als richtig Erkannte machbar zu machen. Die Motivation zum Handeln in einer Gemeinde kann nur dann zum Tragen kommen, wenn die politische Exekutive energiepolitisch aktiv ist. Viele Menschen, Unternehmungen und Gewerbetreibende sind heute für energiepolitische Fragen empfänglich. Sie sind auch bereit, im Rahmen ihrer unterschiedlichen Möglichkeiten aktiv zu werden. Deshalb muss das Gemeinwesen dieser Motivation zum Handeln gleichsam die Handlungsräume öffnen.

Bei einer Umfrage, welche von der Projektgruppe durchgeführt wurde, wurde von einer Reihe von Gemeinden gesagt, man warte eben auf das kantonale Energiegesetz bis etwas unternommen werde. Umgekehrt haben sich kantonale Energieberater, mit denen ebenfalls Kontakte





bestehen, über die Passivität von einzelnen Gemeinden beklagt. Dies ist ein unnötiger Teufelskreis, in welchem man sich gegenseitig die Verantwortung zuschiebt. So sicher wie nach und nach in allen Kantonen Energiegesetze kommen werden, so sicher haben die Gemeinden die Möglichkeit, im Rahmen der heute schon geltenden Bestimmungen, auf kommunaler Ebene eine aktive Energiepolitik zu betreiben.

Eine aktive Energiepolitik der Gemeinde braucht die Unterstützung der Öffentlichkeit. Die Energiepolitik einer Gemeinde sollte deshalb EinwohnerInnen, Unternehmungen und Gewerbetreibende zur Handlungsbereitschaft motivieren und diese dann bei ihren Aktivitäten unterstützen. Dazu ist es vielleicht manchmal nötig, alte Barrieren oder Vorurteile zu überwinden und Neues kennenzulernen. Hier erhält die Öffentlichkeitsarbeit im klassischen Sinne ihre Bedeutung. Werden konkrete Projekte geplant, so ist der Vorbereitung ihrer Umsetzung ein besonderes Gewicht beizumessen. Oft entsteht der Eindruck, diesem Teil des Projektes werde manchmal noch nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Wenn zum Beispiel Projekte gut vorbereitet werden und sich im Rahmen des aktuell politisch Machbaren bewegen, können Abstimmungen mit ihren ganzen Folgen vermieden werden: Denn Abstimmungsniederlagen nehmen den Schwung für das Neue, sie führen zu Resignation oder sogar Verbitterung, spalten die motivierten Menschen in verschiedene Lager und sollten deshalb vermieden werden. Eine energiepolitisch aktive Gemeinde lotet diesen Bereich des Machbaren ständig aus, um ihn zu erweitern. Eine konstruktiven Zusammenarbeit von Exekutive, Legislative, städtischen Werken und engagierten Bürgern ist die Grundvoraussetzung, damit kommunale Energiepolitik machbar wird.

Quelle: WWF / SES / Infrac / Ökozentrum Langenbruck: Projekt Energiestadt, Themenkatalog, April 1990.

## Die 15 Themenvorschläge in kurze

### 1 Energiebuchhaltung

Die Erfassung von Energieflüssen gibt einen raschen Überblick über den gesamten Energieverbrauch einer Gemeinde und hilft, aktuelle Schwachstellen in Objekten und Anlagen zu entdecken. Die Energiebuchhaltung ermöglicht die Erfolgskontrolle einer umweltorientierten Energiepolitik und ist später zu einer umfassenden Ökobilanz ausbaubar.

### 2 Revision der Gemeindebauordnung

Auf Gemeindeebene werden die meisten energiepolitisch bedeutsamen Entscheidungen getroffen. Der Vollzug – oder Nichtvollzug – der eidgenössischen und kantonalen Massnahmen findet hier statt. Die Gemeinde kann Vorbild sein für Investoren und Verbraucher, aber auch für abwartende Kantone.

### 3 Tarifrevision

Eine Revision der Tarifordnung erlaubt der Gemeinde, die Stromerzeugungskosten verursachergerecht an die Verbraucher weiterzugeben. Der Verbraucher zahlt dann die Kosten, die er selbst – durch seinen Mehrkonsum – verursacht. Hierdurch wird der sparsame Umgang mit der Energie gefördert, und Sparinvestitionen werden attraktiver.

### 4 Aktionsgruppe «Umwelt und Energie»

Eine umweltgerechte und aktive Energiepolitik auf Gemeindeebene muss im Dialog mit den Betroffenen entwickelt werden. Die energiepolitischen Aktivitäten einer Gemeinde können hierbei auf eigenem Tun, aber auch auf der Anregung, Unterstützung und Koordinierung von Eigenaktivitäten Dritter (Gewerbe, Industrie, Private) basieren.

### 5 Beispielhafte Sanierung gemeindeeigener Gebäude und Anlagen

Durch die vorbildliche Sanierung gemeindeeigener Gebäude und Anlagen vermittelt die Gemeinde ihren BürgerInnen den neuesten Stand der Technik, gibt ihnen ein Vorbild und motiviert sie zu umweltbewusstem Verhalten. Daneben werden die laufenden Ausgaben für Energie gesenkt, so dass sich die Investitionen oft schon nach wenigen Jahren auszahlen.

### 6 Nutzung von Abwärme in der Gemeinde

Bei zahlreichen industriellen und gewerblichen Prozessen, aber auch im Dienstleistungsbereich fallen oft grosse Mengen von Abwärme an, die meist ungenutzt an die Umgebung abgegeben werden. Eine Nutzung dieser Wärme zur Beheizung von nähergelegenen Gebäuden oder zur Warmwasserbereitung ist meistens technisch möglich, scheitert jedoch häufig an organisatorischen Problemen.

### 7 Verbesserung bestehender Heizungsanlagen

Durch eine Sanierung der bestehenden Feuerungsanlagen kann eine Gemeinde eine spürbare Verminderung der Schadstoffemissionen bewirken und somit einen Beitrag zur Luftreinhalteverordnung leisten. Ausserdem werden der Energieverbrauch und die damit verbundenen Kosten gesenkt.